

Notizen

Die für den *Herbst 1986* vorgesehene siebte ordentliche Vollversammlung der *Bischofs-synode* wird erst ein Jahr später stattfinden. Diese Entscheidung des Papstes wurde im „Osservatore Romano“ vom 13. April in einer kurzen Meldung mitgeteilt. Darin heißt es, der Papst sei mit seiner Entscheidung verschiedenen Bitten nachgekommen, die eine längere Vorbereitungszeit gewünscht hätten. Offensichtlich kamen die notwendigen Vorbereitungen für die von Johannes Paul II. überraschend einberufene außerordentliche Vollversammlung der Synode vom 25. November bis 8. Dezember dieses Jahres und die Vorbereitungen für die reguläre Vollversammlung im Herbst 1986 einander in die Quere.

In einer Osterbotschaft an den im Libanon residierenden maronitischen Patriarchen von Antiochien, Kardinal *Antoine-Pierre Khoraiche*, hat *Johannes Paul II.* die libanesischen Christen zur Einigkeit aufgerufen. Gott solle verhüten, so der Papst, daß die Uneinigkeit der Christen dazu beitrage, das Wohl des Libanon in Frage zu stellen, zu dessen Geschichte sie einen so wesentlichen Beitrag geleistet hätten. An die Stelle von Gewalt, Aggressivität und Feindseligkeit müßten Wohlwollen, Gesprächsbereitschaft und Dialog treten. Die libanesischen Christen hätten die Pflicht, ihre Spaltungen zu überwinden.

Für eine Flexibilisierung der Arbeitswoche hat sich Bundesarbeitsminister *Norbert Blüm* in einem KNA-Interview ausgesprochen. Je kürzer die Wochenarbeitszeit werde, desto stärker würden individuelle Arbeitszeit und Laufzeit der Betriebe auseinanderfallen. Teure Arbeitsplätze könnten nicht ab Freitagabend leer stehen. Eine flexiblere Gestaltung des Arbeitslebens sei zum Vorteil der Unternehmen wie der Arbeitnehmer – Blüm denkt im Sinne eines Vorschlags von *Oswald von Nell-Breuning* an eine flexibel gestaltete 36-Stunden-4-Tage-Arbeitswoche – und sie biete auch die Chance für Neueinstellungen. Im Gegensatz zu früheren Äußerungen des Ministers nimmt Blüm in dem KNA-Interview den *Sonntag* aber aus religiösen und verfassungsrechtlichen, vor allem aber der Familie wegen („garantierte Ruhezone“) *ausdrücklich* aus.

Der Innsbrucker Moralthologe *Hans Rotter SJ* machte in einem Vortrag zu reproduktionsethischen Fragen in Wien darauf aufmerksam, daß aus katholischer Sicht *künstliche Befruchtung* nicht einfach als moralisch unzulässig abgelehnt werden könne. Das Argument Pius' XII. sei, Befruchtung und personales Liebesgeschehen dürften nicht getrennt werden, sei nicht unbedingt zwingend. Auch die natürliche Befruchtung finde ja oft erst Stunden nach der ge-

schlechtlichen Vereinigung statt. Und vom ehelichen Akt selbst lasse sich nicht immer sagen, daß er im vollen ethischen Sinne ein zentraler Akt ethischer Liebe sei. Aus dem gleichen Grunde könne die künstliche Befruchtung auch dann moralisch nicht schlechthin abgelehnt werden, wenn sie *in der Retorte* erfolge. Abgelehnt werden müßten allerdings Abtreibung und leichtfertiges Experimentieren mit befruchteten Eizellen. Deutlich abgelehnt wurde von Rotter, wie wohl von allen Moralthologen der Einsatz von *Mietmüttern*. In diesem Fall werde das Kind von Anfang an zur Ware gemacht.

Zufrieden über das gegenwärtige Verhältnis von Christentum und österreichischer Sozialdemokratie äußerte sich der österreichische Bundeskanzler *Fred Sinowatz* in einem Interview. Sinowatz: die Sozialdemokratie habe als Bewegung der an den Rand Gedrängten das christliche Gebot der Nächstenliebe in praktische Politik umgesetzt. Daß dies auf weite Strecken gegen die kirchlichen Institutionen habe geschehen müssen, gehöre „zu den tragischen Entwicklungen der österreichischen Geschichte“. Inzwischen aber sei die Lagerbildung porös geworden, es gebe einen breiten Konsens zwischen Kirche und Staat. Sozialisten wirkten heute in den christlichen Kirchen und als Vorsitzender der SPÖ sei er stolz darauf, „daß die österreichische Sozialdemokratie viele überzeugte Christen in ihren Reihen hat“.

Zur Frage der *Legalisierung der ukrainisch-katholischen Kirche* (vgl. ds. Heft, S. 201) hat der Vorsitzende des Zentralkomitees der ukrainischen Katholiken, *Josef Terelja*, in der neu herausgegebenen Samisdat-Schrift „Ukrainisch-katholischer Bote“ geäußert: Er halte die Sache nach wie vor nicht für aussichtslos, aber er habe Zweifel, ob dies überhaupt zweckmäßig sei. Wie die anderen Kirchen in der Sowjetunion müßte auch eine legalisierte katholische Kirche in der (West-)Ukraine mit starkem Druck rechnen, deshalb sei es möglicherweise besser, weiterhin im Untergrund zu bleiben. So sei man zwar schweren Repressionen ausgesetzt, doch gerade so erneuere sie sich und finde Kraft zum Widerstand.

Der Zeitplan für die Erarbeitung des *Hirtenbriefs der US-Bischöfe zu Fragen von Wirtschaft und Katholischer Soziallehre* (vgl. HK, Januar 1985, 8 ff.) hat eine Änderung erfahren: Ursprünglich sollte die zweite Fassung auf einer Vollversammlung der Bischofskonferenz im Juni diskutiert und auf der Vollversammlung im November die endgültige Fassung verabschiedet werden. Nach Angaben des Vorsitzenden der Bischofskonferenz, Bischof *James Malone* von Youngstown/Ohio, wünschen sich viele Bischöfe mehr Zeit, um die ausführli-

che Debatte nutzen zu können, die in bisher nicht dagewesener Weise auch die kirchliche Basis mit in die Diskussion einbezogen habe (NC News Service, 1. 4. 85). Nun soll sich zunächst die für Juni geplante Vollversammlung ausführlich mit dem Thema befassen. Der zweite Entwurf soll dann im Herbst vorliegen und auf der Vollversammlung im November diskutiert werden. Frühestens in der ersten Hälfte des Jahres 1986, möglicherweise aber auch erst im November desselben Jahres wird die Endfassung vorliegen können.

Der Vatikan hat *fünf katholischen Pfarreien in den USA* die Erlaubnis erteilt, die Messe nach einer leicht veränderten Fassung des *anglikanischen „Book of Common Prayer“* zu feiern. Es handelt sich dabei um Personalpfarreien, die sich aus zum Katholizismus übergetretenen Angehörigen der Episkopalkirche zusammensetzen und die von konvertierten früheren anglikanischen Geistlichen geleitet werden. In einem Brief der Glaubenskongregation an den Vorsitzenden der amerikanischen Bischofskonferenz von 1980 (vgl. HK, Oktober 1980, 533) war anglikanischen Geistlichen in den USA, die zur katholischen Kirche übertreten wollten, die Erhaltung einer „gemeinsamen Identität“ innerhalb der katholischen Kirche in Aussicht gestellt worden.

Vom *offiziellen marxistisch-kommunistischen Verständnis von Religion* distanziert hat sich der ehemalige stellvertretende Leiter der Akademie für Gesellschaftswissenschaften, *Zhao Fusan*, vor der Vollversammlung der Beratenden politischen Volkskonferenz in Peking, dessen Mitglied Zhao Fusan ist. Religion gehöre zur Zivilisation eines jeden Volkes. Literatur, Kunst, Architektur, Philosophie, Moral und Brauchtum stünden in verschiedener Weise unter dem Einfluß von Religion. Sie als Opium zu bezeichnen sei deshalb „unvollständig und unwissenschaftlich“.

Die *Bischöfe von Sri Lanka* haben ein Ende aller Spielarten von Gewalt und Terrorismus gefordert. Im Anschluß an eine Vollversammlung der Bischofskonferenz erklärten sie, jeder, der sich an terroristischen Aktivitäten beteilige, tue das auf seine persönliche Verantwortung und müsse die Konsequenzen vor dem Gesetz tragen. Die Kirche überschreite die ethnischen Grenzen und ihre Bischöfe hätten die Aufgabe, als Brückenbauer für die Verständigung zu wirken.

Beilagenhinweis:

Einem Teil der Auflage liegen jeweils ein Prospekt der Firma Bücher Büchner, Hannover, und der Firma Thoma, München, bei.